

Bericht der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung

Den ÖPNV krisenfester aufstellen – Zusätzliche Fahrzeuge kurz- und langfristig bereitstellen

I. Antrag

Die Fraktion der CDU hat folgenden Antrag an die Stadtbürgerschaft gestellt (Drucksache 20/346 S):

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) leidet derzeit unter der Corona-Pandemie. Viel schlimmer als der finanzielle Schaden wiegt der hohe Vertrauensverlust. Dabei ist insbesondere der ÖPNV ein elementarer Baustein der Verkehrswende. Nach Angaben der BSAG liegt die Auslastung derzeit bei etwa 75 Prozent. Diese Zahl macht deutlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert sind, ob der ÖPNV mit dem Infektionsschutz in Einklang gebracht werden kann. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in öffentliche Verkehrsmittel haben, werden sie diese während der Pandemie weitemutzen. Es muss verhindert werden, dass der Vertrauensverlust in den ÖPNV so stark ausgeprägt wird, dass auch nach abflachen des Infektionsgeschehens das Vertrauensverhältnis in den ÖPNV nachhaltig beschädigt ist. Übergeordnetes Ziel muss also sein, das Vertrauen in den öffentlichen Personenverkehr zu stärken. Das muss vor allem durch eine Takterhöhung geschehen. Trotz geringer Nachfrage werden die stark frequentierten Verbindungen von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt. Das führt dazu, dass der so wichtige Mindestabstand nicht eingehalten werden kann und insbesondere in den Stoßzeiten die Fahrgäste in teils überfüllten Fahrzeugen befördert werden. Aus diesem Grund muss gerade in dieser außergewöhnlichen Pandemie der ÖPNV häufiger auf hoch frequentierten Strecken verkehren als bisher. Sollte das mit dem Fahrzeugbestand der BSAG nicht möglich sein, muss der Senat sich die Unterstützung privater Unternehmen sichern. Gerade auf zu bestimmten Tageszeiten stark frequentierten Strecken könnten private Busunternehmen eingesetzt werden. Schulen oder das Güterverkehrszentrum werden zu ganz bestimmten Zeiten stark angefahren. So bietet sich auch eine Chance, spezifischer auf Verkehre zu reagieren und dadurch freiwerdende Kapazitäten wiederum auf anderen Strecken einzusetzen.

Zudem ist es wichtig, bereits jetzt eine langfristige Strategie zu entwickeln, wie der ÖPNV attraktiver gemacht werden kann. Und dabei ist, neben den Linienausbau, vor allem eine Takterhöhung maßgeblich. Aus diesem Grund wäre es ratsam, wenn zeitnah über den Erwerb zusätzlicher Straßenbahnen und Busse beraten und entschieden wird, damit unabhängig vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie eine spürbare Verbesserung im ÖPNV erfolgen kann.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. unverzüglich in Kontakt mit Linien- und Reisebusunternehmen zu treten, um über eine Anmietung dort vorhandener Fahrzeugflotten zu verhandeln;

2. gemeinsam mit der BSAG zu erörtern, inwiefern derzeit Fahrzeuge weniger starkfrequentierter Verbindungen auf stark nachgefragte Routen eingesetzt werden können;
3. gemeinsam mit der BSAG und der Senatorin für Kinder und Bildung ein Konzept zu entwickeln, das die Schulanfangszeiten besser mit den verfügbaren Linien koordiniert, um einer Überlastung bei der Schülerbeförderung vorzubeugen;
4. gemeinsam mit der BSAG und den im GVZ ansässigen Unternehmen über eine planbarere Personenbeförderung zu beraten;
5. ein Konzept zu erstellen, das aufzeigt, wie viele zusätzliche Busse und Bahnen, wie viel zusätzliches Personal für eine dauerhafte Taktserhöhung auf den stark frequentierten Linien notwendig wäre, um zu Stoßzeiten einen Fünf- beziehungsweise Zehn-Minutentakt zu ermöglichen;
6. die bestehende Fahrzeugflotte der BSAG mit Masken- und Desinfektionspendern auszustatten;
7. darzulegen, inwiefern der Corona-Fonds für
 - a) die Beschaffung neuer Fahrzeuge und
 - b) für die in den Ziffern 1, 3, 4 und 6 entstehenden Kosten herangezogen werden kann;
8. der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung spätestens im Januar 2021 zu berichten.

II. Bericht

Grundsätzliches

Nach einer Untersuchung des Robert-Koch-Instituts (Epidemiologisches Bulletin 38|2020) ist das Risiko, sich in Bus und Bahn mit dem Corona-Virus zu infizieren, als eher gering einzuschätzen. Der ÖPNV ist kein Corona Hot-Spot. Die Fahrgäste kommen dem Tragen von Masken bis auf sehr wenige Ausnahmen nach und halten weitestgehend die Abstände zueinander ein, wie der bundesweite Aktionstag zur Kontrolle der Maskenpflicht im ÖPNV am 7. Dezember 2020 gezeigt hat. Dies ist in der Regel auch kein Problem, da die Fahrzeuge der BSAG deutlich geringer besetzt sind als in vor Corona-Zeiten. Aktuell liegt die Auslastung der Fahrzeuge auch deutlich unter den im Antrag behaupteten 75 Prozent.

Die Verkehrsministerkonferenz hat sich intensiv mit dem Thema Infektionsrisiko im ÖPNV beschäftigt und hat in der Dezembersitzung beschlossen, nochmal einen Gutachter zu beauftragen, der untersucht wie hoch die Sicherheit vor COVID-Infektionen im ÖPNV ist. Bremen beteiligt sich finanziell an dieser bundesweiten Studie.

Die Fragen werden wie folgt beantwortet:

Zu 1.

Die Personalsituation bei der BSAG ist angespannt, da eine steigende Anzahl von Corona-Ansteckungs- oder Verdachts-Fällen die Verfügbarkeit des Personals einschränkt. Auch ist die Anzahl der Fahrzeuge begrenzt. Die BSAG hat inzwischen mit privaten Reisebusunternehmen Kontakt aufgenommen und auch teilweise deren Angebote angenommen. Busse von privaten Reisebusunternehmen werden bereits eingesetzt als Ergänzung zum BSAG-Fahrzeugmaterial.

Dabei sind vor allem die besonderen Anforderungen in einem städtischen Nahverkehrssystem hinsichtlich der technischen und betrieblichen Machbarkeit, der wirtschaftlichen Auswirkungen, vergaberechtlichen Anforderungen und nicht zuletzt ein möglichst barrierefreier Beförderungsstandard zu beachten.

Die BSAG hatte hierzu eine Abfrage bei zehn Unternehmen durchgeführt und hat fünf Rückmeldungen erhalten. Teilweise werden niedersächsische Busunternehmen bereits in den Landkreisen – überwiegend im Schülerverkehr – eingesetzt. Die BSAG hat ein Auftragspaket für die Linie 63 S ab 7. Dezember 2020 bis voraussichtlich Ende März 2021 erteilt. Soweit die Anmietung von weiteren Fremdfahrzeugen auch im Rahmen der Schülerbeförderung sinnvoll, notwendig und technisch umsetzbar ist wird die BSAG diese nach Absprache mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zügig umsetzen. Auch über den genannten Zeitraum hinaus gilt die Perspektive und daraus folgende, entsprechende Maßnahmen.

Zu 2.

Die BSAG beobachtet das Verkehrsaufkommen seit Beginn der Pandemie kontinuierlich und reagiert kurzfristig auf Veränderungen. Eine Planung der Fahrdienste ist aber mit hohem Aufwand verbunden, daher ist immer ein gewisser Vorlauf erforderlich.

Die BSAG wertet regelmäßig die Auslastung der Fahrzeuge über ein automatisches Fahrgastzählsystem aus. So reagierte die BSAG bereits durch die Verschiebung der Einsätze breiter Bahnen mit mehr Platzangebot von der derzeit schwächer nachgefragten Linie 6 auf die stärker nachgefragte Linie 1.

Es ist nicht zu beobachten, dass das Angebot auf vermeintlich weniger stark nachgefragten Linien, zum Beispiel am Stadtrand, soweit reduziert werden kann, um damit genügend Fahrzeuge und Personal für die Taktverdichtung auf anderen Linien einzusetzen. Die Nachfrage variiert infolge der sich derzeit häufig ändernden gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Um grundsätzliche Änderungen im Angebot umsetzen zu können, sind längerfristige Planungsvorläufe erforderlich, an die sich die BSAG – so gut es geht – anpassen versucht.

Zu 3.

Schulorganisatorische Maßnahmen mit Wechsel- und Hybridunterricht oder gestaffelten Schulanfangszeiten können über die Steuerung der Nachfrage wesentlich zur Entzerrung der Schülerverkehre beitragen. Der Schulbeginn einzelner Schulen wurde bereits in Bezug auf COVID-19 intern flexibilisiert und entzerrt. Diese Vorgehensweise führt aber teilweise zu reduzierten Präsenzzeiten in der Schule. Zudem haben verschobene Anfangszeiten Auswirkungen auf das Schulleben und könnten zusätzlich den Berufsverkehr am späten Nachmittag belasten. Eine weitere Anpassung wäre sehr komplex und von vielen Faktoren abhängig.

Eine Lösung kann auch der zusätzliche Einsatz von Bussen zur Schülerbeförderung sein. Dies wird seitens BSAG, ZVBN und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau geprüft. Hierbei muß auch die Auswirkung des derzeitigen Lockdown und die Aufhebung der Präsenzpflicht an Schulen berücksichtigt werden, die Auswirkungen auf die Anzahl der zu befördernden Schüler haben.

Die Thematik wird im Krisenstab des Landes Bremen weiter diskutiert und erörtert.

Zu 4.

Dieser Austausch hat bereits stattgefunden. Die BSAG steht mit der GVZ in einem engen Kontakt. Eine neue Linie 63 S wurde als Verstärkung der Linie 63 in das GVZ eingeführt, weitere Veränderungen sind im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) in Planung. Bereits mehrfach wurden Fahrpläne angepasst und verdichtet. Darüber hinaus hat die BSAG wiederholt darauf hingewiesen, dass eine Entzerrung der Schichtzeiten im GVZ zu einer deutlichen Verringerung der Besetzungsgrade in den stark nachgefragten Zeiten führen würde. Bisher gab es dazu jedoch keine Bereitschaft.

Zu 5.

Im Rahmen der Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans werden Maßnahmen zu einer Angebotsoffensive erarbeitet. Die ersten beiden Stufen sind bereits konkret ausgearbeitet, beinhalten eine signifikante Leistungsausweitung und können bei Bestätigung einer Finanzierung in die Umsetzung gebracht werden. Weitere Stufen hin zu einem Fünf-Minuten-Takt auf den Hauptlinien werden beschrieben. Eine Antragstellung zur Finanzierung von Maßnahmen über den Bremen-Fonds ist erfolgt.

Zu 6.

Die regelmäßigen Kontrollen in den Fahrzeugen, durchgeführt von Ordnungsamt, unterstützt von der BSAG, zeigen, dass annähernd 100 Prozent der Menschen einen Mund-Nase-Schutz tragen.

Bei Kontrollen haben die Prüfer der BSAG Masken dabei, die kostenlos abgegeben werden.

Die BSAG reinigt verstärkt die Flächen, die von den Fahrgästen berührt werden.

Die Fahrgäste halten diesbezüglich offenbar vorbildlich die Hygienemaßgaben zum größten Teil ein. Belege sind die niedrigen Infektionsraten im ÖPNV.

Die Ausstattung der Fahrzeuge mit Desinfektionsspendern wurde geprüft. Die Wirkung dieser Maßnahme ist umstritten, in der gesamten Branche wird diese Maßnahme als nicht zielführend betrachtet. Sollten sich jedoch positive Erfahrungen im ÖPNV-Bereich mit Desinfektionsspendern ergeben, wird die BSAG die Einführung nochmals neu bewerten.

Zu 7.

Befindet sich in Prüfung; verschiedene Anträge seitens der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sind gestellt. So wurden im Rahmen des Bremen-Fonds Anträge für die Beschaffung von neuem Fahrzeugmaterial gestellt. Es wird auch fortlaufend geprüft, welche zusätzlichen Möglichkeiten durch Bundesförderungen bestehen.

3. Finanzielle oder personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderaspekte

Der Bericht hat keine finanziellen, personalwirtschaftlichen und genderspezifischen Auswirkungen.

Die im Antrag der Fraktion der CDU aufgeworfenen Fragestellungen sind bereits wesentlicher Teil der diesbezüglichen lösungsorientierten Strategie von Senat und BSAG und finden sich dort wie auch in der Beantwortung der Fragen wieder.

Die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung empfiehlt der Stadtbürgerschaft, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 20/346 S abzulehnen.